

77.230.Albanien - KU/SY

Brüssel, 23. September 1991

G-24 / UNDP-Treffen für Albanien in Brüssel, 17. September 19911. Uebersicht

Das gemeinsam von der G-24 und der UNDP organisierte Treffen diente einer Bestandesaufnahme der Situation in Albanien und der notwendigen kurz- und langfristigen internationalen Hilfe. Nach der formellen Aufnahme als G-24 Empfängerland ging es auch darum, nach der bereits laufenden humanitären Hilfe den Rahmen für die zukünftige technische Zusammenarbeit und spätere Finanzhilfe auszuloten. Anwesend waren neben den G-24 Ländern alle interessierten internationalen Organisationen.

Die albanische Delegation stand unter der Leitung von Vizepremierminister Pashko, der das Reformprogramm koordiniert. Begleitet war er von einer ganzen Reihe von Fachministern (vgl. Beilage 2).

Die Schweiz war vertreten durch Herrn Carlos Orga (PA I) und dem Unterzeichneten. An der Eröffnungssitzung nahm auch Botschafter von Tscharner teil.

Die Ergebnisse des Treffens sind im gemeinsamen Communiqué (Beilage 1, vgl. auch unsere Uebermittlung vom 18. September) festgehalten.

2. Situation in Albanien

Pashko zeichnet ein düsteres, aber realistisches Bild der wirtschaftlichen Lage.

Einige Kennzahlen:

- Landwirtschaftsproduktion: Rückgang 1. Halbjahr 20-30%
 - Industrieproduktion: Rückgang 36%
 - Bruttoinlandsprodukt: Rückgang ca. 35%
- Rückgang in der Agrarproduktion wird auf Missmanagement bei der Landreform zurückgeführt. Nur schrittweise Besserung in Sicht. Trotz schnell voranschreitender Landreform (bis Oktober ca. 70% des Landes, das heute im Besitz von Kooperativen steht, an private Eigentümer).
- Starker Inflationsdruck: Dreistellige Ziffern
 - Haushaltsdefizit 1990: 3 Mia. Lek

- 2 -

- Exporte: Rückgang 1. Halbjahr 1991 auf 41 Mio. Dollars statt bisher 169 Mio. Dollars (1. Hälfte 1990)
- stark steigende Arbeitslosigkeit
- weitere Probleme: Reintegration der Flüchtlinge etc.
- Nahrungsmittellage: äusserst prekär. In Tirana leidet 1 von 10 Kindern unter 3 Jahren unter mangelnder Ernährung. Auf dem Lande jedes 2. oder 3. Kind.

Pashko hebt mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit einer raschen und substantiellen internationalen Hilfe hervor, damit der albanischen Bevölkerung die weitverbreitete Hoffnung für eine langfristige, wenn auch langsame Verbesserung der Lage nicht bereits von Anfang an verloren gehe. Nur mit einer Verbesserung der Versorgungslage und der allgemeinen Besserung der Wirtschaft könnten auch die politischen Verhältnisse stabil gehalten werden. Auch seien weitere Flüchtlingswellen, welche die Regierung mit allen Mitteln zu vermeiden suche, quasi zwangsläufig bei fehlenden wirtschaftlichen Hoffnungszeichen.

Für das von der albanischen Regierung in Angriff genommene radikale Reformprogramm (siehe Pashkos lesenswerte Ausführungen in Beilage 3):

Interessant vor allem die Ausführungen über die Privatisierung, Landreform und Preisliberalisierungspolitik. Interessantes Detail: Beabsichtigt ist die Bindung des albanischen Lek an den ECU mit der Begründung, die EG sei der Haupthandelspartner Albaniens.

Hauptelemente der Wirtschaftsreform:

- Landwirtschaftsreform
- Aufbau eines rechtlichen Rahmens für die Marktwirtschaft
- Kommerzialisierung und Privatisierung der staatlichen Unternehmen
- Makroökonomische Austeritätspolitik
- Preis- und Handelsliberalisierung
- Beschränkte Konvertibilität der Währung
- Aufbau eines sozialen Sicherheitsnetzes.

Für Wirtschaftslage und bisher eingeleitete Reformen siehe auch Beilagen 5-7: Berichte UNDP, Weltbank und IMF.

3. G-24 Massnahmen zugunsten Albanien

a) Generell

Das Treffen war kein eigentliches Pledging-Treffen, sondern diente vor allem dazu, den Beginn der G-24 Zusammenarbeit mit Albanien nach aussen zu demonstrieren und die G-24 Mitgliedstaaten zu verstärkten Hilfsmassnahmen zu motivieren. Generell konnte ein breiter Konsensus für eine G-24 Hilfe an Albanien festgestellt werden, vor allem im Bereich der humanitären Hilfe und der technischen Zusammenarbeit.

b) Nahrungsmittel- und Medikamentenhilfe Weizenlieferungen:

- EG: 50'000t aus Ungarn sind unterwegs, wobei sich bei einer ersten Lieferung gewisse Probleme auf ungarischer Seite (Lieferung ungenügender Qualität) zeigten, die von der EG und Albanien sofort moniert wurden. Bewilligt sind zusätzliche 100'000t ordentliche Lieferung (Parlament verdoppelte den von der EG-Kommission gesprochenen Betrag).
- Italien: 100'000t.

Mit diesen Volumen (250'000t) sollte die Weizenversorgung bis ca. Februar 91 sichergestellt werden. Die Logistikprobleme sind beträchtlich. Massive logistische Unterstützung vor allem durch Italien, sowie BRD und Griechenland.

Medikamentenlieferung:

Zwar wird die Struktur des Gesundheitssektors als relativ gut qualifiziert, doch besteht in vielen Bereichen ein dringender Bedarf für Soforthilfe, vor allem auch für die Behandlung von Frauen und Kindern.

Ueberblick über humanitäre Hilfe verschiedener Hauptgeberstaaten in Beilage
Italien (8), Griechenland (9), USA (10), Oesterreich (11), Rotes Kreuz (12), OIM (13), UNICEF (14).

c) Technische Zusammenarbeit

Das Schwergewicht soll in der ersten Phase auf dem zur Verfügung stellen von Regierungsberatern liegen. Das vom UNDP erarbeitete Programm (vgl. Dokument UNDP-EG-Kommission:

The program of international technical assistance for free market reforms, August, 1991, Seite 17 ff.; übermittelt am 5. September 1991) sieht zwei Kategorien von Beratern vor:

- Team von langfristigen hochrangigen Regierungsberatern in den Bereichen Wirtschaft, Finanzen, Privatisierung, Central banking, Landwirtschaft und Aussenhandel.
- Eine zweite Kategorie umfasst Experten für 2-3 Monate im Bereiche der Legiferierung sowie allen Industrie- und Wirtschaftsbereichen.

Dieses vom UNDP vorgestellte Programm wurde zur Kenntnis genommen, ohne dass grundsätzliche Beschlüsse (vor allem betr. Finanzierung) getroffen wurden.

Weitere Schwerpunkte für technische Zusammenarbeit sollen der Landwirtschaftssector sowie kleinere und mittlere Unternehmen bilden.

d) Finanzhilfe

Der IMF-Vertreter glaubt, dass Albanien an den Bretton Woods Jahrestagungen in Bangkok in die Institutionen aufgenommen werden wird. Anschliessend sollen die Verhandlungen für ein Stand-by Agreement aufgenommen werden. Dieses dürfte gemäss IMF jedoch erst im Sommer 92 in Kraft stehen. Unklar ist, wie die finanzielle Lücke bis dahin überbrückt werden kann. Die albanische Regierung schätzt für 1991 den financial gap auf 300 Mio. Dollars. Sie ist derzeit um Ueberbrückungskredite bemüht.

Verschiedene G-24 Staaten, vor allem die BRD und Grossbritannien sprechen sich gegen eine vorzeitige Verpflichtung der G-24 für eine Zahlungsbilanzhilfe zugunsten Albaniens aus. Eine solche Verpflichtung könne erst in einem späteren Zeitpunkt, wenn die Bedingungen vom IMF geklärt seien, eingegangen werden.

Das Communiqué ist deshalb entsprechend zurückhaltend formuliert.

4. Schweizerische Haltung

Der schweizerische Vertreter informiert über die von der Schweiz bereits geleisteten Hilfsmassnahmen sowie die dem Bundesrat vorgeschlagenen zusätzlichen Hilfsmassnahmen im Umfang von 2,5 Mio. sFr. Die albanische Regierung dankt, auch im privaten Gespräch, ausdrücklich für die von der Schweiz bereits geleistete und in Aussicht genommene Hilfe. Es ist jedoch deutlich spürbar, dass in die Schweiz besonders hohe Erwartungen gesetzt werden was die Hilfe und Zusammenarbeit mit Albanien anbetrifft. Dies einerseits durch die besondere Affinität, die Albanien gegenüber der Schweiz empfindet.

Andererseits aufgrund der in den letzten Monaten sehr aktiven schweizerischen Politik gegenüber Albanien (Abklärungsmissionen, Presseerklärungen etc.). Symptomatisch war in diesem Zusammenhang die fehlerhafte Pressemeldung in Albanien über eine Hilfe von 800 Mio. sFr. zugunsten Albanien im Anschluss an die letzte Abklärungsmission.

Was die technische Zusammenarbeit betrifft, betonten verschiedene albanische Gesprächspartner erneut ihr Interesse an Zusammenarbeit namentlich in folgenden Bereichen: Gesundheitssektor; Landwirtschaft (vor allem Milchwirtschaft); Bankensektor; Sprachenausbildung.

Besuch von Vizepremierminister Pashko in der Schweiz

Pashko erkundigte sich nach Möglichkeiten von weiteren bilateralen Kontakten, sei es in Tirana oder einem Besuch seinerseits in Bern.

In diesem Zusammenhang konnte ihm auch Kopie des Antwortschreibens von Botschafter J. Staehelin vom 10. September überreicht werden.


T. Kupfer

SCHWEIZERISCHE MISSION BEI DEN EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN
BRÜSSEL

UEBERMITTLUNGSBLATT: MITTEILUNG

Datum : 23. September 1991

u. Ref. : 77.230.Albanien - KU/SY

Verfasser : Thomas Kupfer

Gegenstand: G-24 / UNDP-Treffen für Albanien in Brüssel,
17. September 1991

Empfänger: EDA
 - Politische Abteilung I - Herrn Carlos Orga
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst - Herrn Minister
 Alexei Lautenberg
 - DEH - Abteilung Humanitäre Hilfe und SKH
 - DEH - Hilfe Osteuropa

EVD
 - BAWI - Herrn Botschafter Silvio Arioli
 - Dienst Wirtschaftshilfe Mittel- /Osteuropa

Kopie an : EDA
 - Politische Abteilung I
 - Direktion für internationale Organisationen
 - Sekretariat Staatssekretär Klaus Jacobi
 (vgl. Ziff. 4; ohne Beilagen)

EVD
 - Länderdienst Südosteuropa

EFD
 - Eidg. Finanzverwaltung (ohne Beilagen)

 EDA/EVD Integrationsbüro

 Schweizerische Botschaft, Belgrad

- 2 -

Bemerkungen: Im Nachgang zu unserer Uebermittlung vom 18. September 1991 finden Sie in Beilage einen Kurzbericht über die obenstehende Konferenz und die wichtigsten Dokumente.

Interessant sind namentlich die Ausführungen vom albanischen Delegationsleiter, Vizepremierminister Paskho, der ein klares Bild über die dramatische Wirtschaftslage seines Landes und das von seiner Regierung in Aussicht genommene Reformprogramm gibt.

Der Chef-Stellvertreter der
Schweizerischen Mission



B. Spinner